

## Wahlprüfsteine des Jungen DBSH NRW zur Landtagswahl Nordrhein-Westfalen 2022

### Antworten der Partei SPD

- **Was werden Sie gegen den vorhandenen Fachkräftemangel und die zu geringe Wertschätzung in der Sozialen Arbeit unternehmen? Angehende Fachkräfte absolvieren meist ein unvergütetes Pflichtpraktikum in Vollzeit. Wie bewerten Sie daraus resultierende, häufig prekäre Lebensbedingungen von Studierenden?**

Wir wollen den Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit bekämpfen. Dazu braucht es bessere Arbeitsbedingungen, die sich durch eine bessere Entlohnung und planbare Arbeitszeiten realisierbar machen. Darüber hinaus ist Zuwanderung für uns eine Bereicherung. Sie kann einen Beitrag dazu leisten, den Fachkräftemangel zu bekämpfen. Daher begrüßen wir, dass auf Bundesebene die Einreise- und Aufenthaltsmodalitäten vereinfacht werden. Unser Beitrag für das Ankommen in Nordrhein- Westfalen wird sein, dass wir Sprach-, Integrations- und Orientierungskurse für alle Zugewanderten öffnen und ausweiten.

Uns ist bewusst, dass unvergütete Pflichtpraktika für viele Studierende ein Problem darstellen. Diesem stehen auch wir kritisch gegenüber. Es ist unser Ziel, die soziale Situation der Studierenden grundsätzlich zu verbessern. Wir wollen deshalb die Studierendenwerke auskömmlich finanzieren, ein studentisches Wohnraumprogramm auflegen und uns für eine Reform des BAföG einsetzen.

- **Wie wollen Sie sich konkret für mehr Digitale Teilhabe bspw. bei älteren Menschen, Menschen mit Behinderungen und Menschen in stationären Wohnsettings einsetzen und welche Unterstützungsmöglichkeiten sehen Sie, um bestehende Ungleichheiten beim Thema Digitalisierung zu beenden und zu verringern?**

Wir wollen, dass auch Menschen mit Unterstützungsbedarf von den Möglichkeiten der Digitalisierung profitieren können. Dazu wollen wir die Entwicklung unterstützender digitaler Instrumente fördern, die speziell Seniorinnen und Senioren sowie pflegebedürftigen Menschen dienen und ihren Alltag erleichtern.

Digitalisierung in Pflegeheimen heißt zum Beispiel das Zusammenwirken von Pflegepatientin bzw. Pflegepatient, qualifizierter Pflegekraft im Heim und Arzt ohne Notwendigkeit von Transporten und des damit verbundenen Verlassens der vertrauten Umgebung. Als Nebeneffekt wertet es die Tätigkeit der Pflegekräfte deutlich auf.

- **Durch Corona waren Angebote der Sozialen Arbeit stark von Schutzmaßnahmen betroffen und in ihrer Struktur der Niedrigschwelligkeit beeinträchtigt. Wie stellen Sie sich zukunftsichere Gestaltungsmöglichkeiten für Angebote vor, um Pandemie-Folgen insbesondere für Kinder/Jugendliche entgegenzuwirken?**

Wir wollen kommunale Präventionsketten mit sozialräumlichem Ansatz verfolgen und so eine bessere Verzahnung der unterschiedlichen Akteure in der Familienbildung, -beratung und -unterstützung erwirken. Dafür möchten wir zum einen Familienbüros einführen, die einen niedrigschwelligen Zugang zu Behörden und zur sozialen Arbeit ermöglichen sollen. Darüber hinaus wollen wir die an Kitas etablierten Familienzentren auch landesweit auf Grundschulen ausweiten. Sie ermöglichen eine enge Zusammenarbeit mit der sozialen Arbeit im Quartier und stärken die präventive Arbeit mit Kindern und Familien. Dies ist auch ein wesentlicher Ansatz unseres Kinderschutzgedankens. Uns ist eine angemessene und qualifizierte Mitsprache und Teilhabe in all ihren Belangen und allen Bildungsinstitutionen besonders wichtig. Wir wollen eine Kinder- und Jugendstrategie mit den Betroffenen erarbeiten. Außerdem wollen wir einen Kinder- und Jugendcheck für Gesetze einführen. Wir wollen sie befähigen, sich eine eigene Meinung zu bilden, zu partizipieren und selbstbestimmt zu handeln. Das stärkt Selbstwert und Resilienz. Jugendbeteiligung gehört verbindlich in die Gemeindeordnung.

- **Die Finanzkraft der Kommunen unterscheidet sich sehr stark. Dies kann negative Auswirkungen auf die Hilfestrukturen und Gestaltungsmöglichkeiten der Sozialen Arbeit an unterschiedlichen Standorten haben. Welche Strategien haben Sie geplant, um dies zu verhindern?**

Wir wollen die finanzielle Ausstattung der Kommunen verbessern. Dafür wollen wir die grundständige Kommunalfinanzierung durch einen höheren Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen des Landes erhöhen. Bei den Kosten für die Unterbringung, Versorgung und Integration von geflüchteten Menschen, muss das Land die Gelder vom Bund - anders

als von der derzeitigen Landesregierung beabsichtigt - vollständig an die Kommunen weiterleiten.

- **Was werden Sie zum Schutz von Betroffenen häuslicher/partnerschaftlicher Gewalt, Kindern und queeren Personen tun? Welche präventiven Maßnahmen und familien- /bildungspolitischen Ziele verfolgen Sie? Und wie sollen konkret dringend benötigte Frauenhausplätze in NRW geschaffen und finanziert werden?**

Wir werden einen Landesaktionsplan ins Leben rufen, der sich flächendeckend mit den Hilfs-, Beratungs- und Präventionsangeboten, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Zielgruppe, beschäftigt (Istanbul-Konvention). Wir fordern einen Rechtsanspruch zur kostenlosen Aufnahme und Unterbringung aller schutzbedürftigen Frauen und Mädchen. Deshalb werden wir Geld in die Hand nehmen, um das Frauen- und Mädchenhilfesystem, insbesondere die Frauenhäuser, aber auch die Beratungsstellen gegen Zwangsheirat, sowie den Runden Tisch gegen Beschneidungen von Mädchen, auszubauen.

Wir werden queere Jugendangebote sowohl im urbanen als auch im ländlichen Raum fördern. Ebenso setzen wir uns dafür ein, dass die LSBTIQ\*-Kinder- und Jugendarbeit in die Jugendförderpläne aufgenommen wird.

Mit dem Kinderschutzgesetz wird es Standards für Jugendämter geben und die Möglichkeit, einen Kinderschutzbedarfsplan in der Kommune zu erarbeiten. Kinderschutz wird fester Bestandteil bei Aus- und Fortbildungen in entsprechenden Berufsgruppen. Wir wollen die gesamtgesellschaftliche Bedeutung des Kinderschutzes abbilden, deshalb wollen wir den Kinderschutz ressortübergreifend in einem Artikelgesetz verankern.

- **Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, die Kommunen, Gemeinden und Städte bei der Betreuung von Geflüchteten und der Zusammenarbeit mit privaten Trägern zu unterstützen, um u.a. problematische Lebensverhältnisse in Gemeinschaftsunterkünften zu verhindern und Gleichbehandlung zu gewährleisten?**

Wir stehen für eine humanitäre und solidarische Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wir unterstützen die Städte und Kommunen, die sich zu sicheren Häfen erklärt haben. Wir werden ein Landesaufnahmeprogramm für Nordrhein- Westfalen einrichten, welches das Ziel verfolgt, besonders schutzbedürftige Geflüchtete und Binnenvertriebene aus humanitären

Gründen in Nordrhein-Westfalen aufzunehmen. Wir werden die Unterbringung von Geflüchteten in Nordrhein-Westfalen neu organisieren. Die zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) werden wir abschaffen und durch ein Unterbringungskonzept ersetzen, das eine schnelle dezentrale Unterbringung der Hilfesuchenden sicherstellt.

- **Alter(n) zu begleiten ist Aufgabe der Sozialen Arbeit und unsere Profession somit Teil des Hilfesystems. Wie wollen Sie zukünftig die Vernetzung der verschiedenen Professionen im Gesundheitssystem gestalten bzw. fördern, um so Senior:innen den Anspruch auf Selbstbestimmung und Teilhabe zu erfüllen?**

Wir Eine Verankerung der Versorgungs- und Beratungsstrukturen in die Regelsysteme muss in den entsprechenden Sozialgesetzbüchern auf Bundesebene erfolgen. Auf Landesebene wollen wir aber z.B. ein Projekt aus unserem Nachbarland Rheinland-Pfalz übernehmen und speziell und fachübergreifend ausgebildete Fachkräfte als „Gemeindeschwestern“ einsetzen. Die Fachkraft soll die Menschen nach vorheriger Anmeldung zuhause besuchen und individuell beraten. Das neue Angebot soll Beratung zur hauswirtschaftlichen und gesundheitlichen Versorgung, zur Wohnsituation, Möglichkeiten der Mobilität und Pflege von Kontakten umfassen. Dazu soll aber auch die Vermittlung gut erreichbarer Teilhabeangebote wie Seniorentreffen, Veranstaltungen und Bewegungskurse gehören. Wo solche Angebote weniger stark vorhanden sind, sollen die Fachkräfte diese auch anregen. Das schafft einen weiteren Baustein für die Entwicklung gesundheits- und selbstständigkeitsfördernder Angebote in den Kommunen.

- **Seit Jahren werden offizielle Beschwerdestellen zu polizeiunabhängigen Untersuchungen von Beschwerden gegen die Polizei gefordert. Welche Position vertreten Sie bei der Forderung nach solchen Beschwerdestellen, speziell für Bürger:innen-Belange und wie beurteilen Sie das aktuelle Versammlungsgesetz?**

Die Nähe unserer Polizei zu den Bürgerinnen und Bürgern ist von zentraler Bedeutung. Zur Bürgernähe gehört auch die Aufklärung von Fehlverhalten, das bei einer großen Organisation mit rund 40.000 Polizistinnen und Polizisten nie vollständig ausgeschlossen werden kann. Um hiervon Betroffenen die Möglichkeit zu eröffnen, Gerechtigkeit zu erfahren, wollen wir deshalb eine bzw. einen Landespolizeibeauftragte/n etablieren. Diese Person soll als Anlaufstelle für Betroffene dienen. Zudem soll sie auch Anlaufstelle für Polizeikräfte sein, die bei ihren Kolleginnen und Kollegen rechtswidriges Handeln bemerken.



DBSH e. V. – Junger DBSH  
Bundesgeschäftsstelle  
Michaelkirchstraße 17/18  
10179 Berlin  
Email: [junger@dbsh.de](mailto:junger@dbsh.de)  
Web: [www.junger-dbsh.de](http://www.junger-dbsh.de)

Das Versammlungsgesetz lehnen wir in seiner aktuellen Fassung ab. Zwar sind auch wir der Auffassung, dass ein eigenes nordrhein- westfälisches Versammlungsgesetz erforderlich ist. Der Charakter des Versammlungsrechts als „Grundrechtsgewährleistungsrecht“ darf dabei jedoch nicht verloren gehen. Wir werden das bestehende Versammlungsgesetz durch ein Versammlungsfreiheitsgesetz ersetzen.